

# Gedenken ist gut, aber teuer

Der „Zug der Erinnerung“ kommt nach Neustadt, aber noch fehlt dafür das nötige Geld. Das liegt an der Verlängerung des geplanten Aufenthalts von zwei auf drei Tage, aber auch beim ursprünglich geplanten kürzeren Aufenthalt stand die Finanzierung offenbar auf tönernen Füßen.

Der „Zug der Erinnerung“ ist eine 2007 auf die Reise gegangene Ausstellung in Eisenbahnwaggons; Träger ist der gleichnamige Verein aus Montabaur. Die Ausstellung behandelt das Schicksal jugendlicher Deportationsopfer des NS-Regimes. Anlass einer Reise durch die Region ist der Jahrestag der Deportation von mehr als 6000 Juden aus der Pfalz, Baden und von der Saar unter Gauleiter Josef Bürckel aus Neustadt – sein Dienstsitz war die Villa Böhm –, der seinen Gau als ersten „judenfrei“ melden wollte. Die Verschleppten kamen zunächst ins südfranzösische Lager Gurs, wo bereits viele starben, später in die Vernichtungslager im Osten.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur unterstützt die Reise finanziell, weil die Kosten mit etwa 4000 Euro pro Tag vergleichsweise hoch ausfallen. Nach Angaben von Ministeriumssprecher Wolf-Jürgen Karle stellt das Ministerium 30.000 Euro für fünf Haltestationen in der Pfalz bereit. Das seien 6000 Euro pro Standort. Nach Informationen der RHEINPFALZ ist es Pirmasens aber offenbar gelungen, den Halt völlig aus eigener Kraft zu finanzieren. Das Ministerium geht von einem in der Regel dreitägigen Aufenthalt aus und hat dies bei seiner Förderung entsprechend berücksichtigt. Es gebe „pro Tag und Standort 2000 Euro“, sagt Karle auf Nachfrage. Die übrigen Kosten – etwa in gleicher Höhe – müssten vor Ort aufgebracht werden.

ANZEIGE

## Akupunktur

Dr. med. Hubert Rehbein

Internist - Naturheilverfahren  
Akupunktur - Sportmedizin

Marshall 2 - 67433 Neustadt  
(Am Elwedritschebrunnen)  
Tel.: 06321-86830

Akupunktur-nw.de



7890533\_10\_1



Die rollende Ausstellung im „Zug der Erinnerung“ hat 2009 bereits in Ludwigshafen Station gemacht (un-  
ter Bild). Im Herbst kommt sie sechs Tage nach Neustadt und Haßloch. ARCHIVFOTO: KUNZ

Doch als Oberbürgermeister Hans Georg Löffler (CDU) in der Mai-Sitzung des Stadtrates erklärte, der Halt in Neustadt sei gesichert, ist er offenbar von anderen Voraussetzungen ausgegangen: von einem zweitägigen Stopp, aber 6000 Euro Landeszuschuss. Um die dann noch fehlenden 2000 Euro hatte der Oberbürgermeister die Sparkasse gebeten (Bericht vom 22. Mai). Eine Eigenbeteiligung der Stadt ist nicht geplant.

Weil der Zug nun drei Tage lang im Hauptbahnhof stehen soll, hat sich eine Finanzierungslücke von gut 4400 Euro aufgetan. Die Stadt hält zwei Tage für ausreichend, um viele Schulklassen durch die Ausstellung zu führen und der Öffent-

lichkeit die Möglichkeit zum Besuch zu geben, und will nach Angaben von Pressesprecher Andreas Günther kein weiteres Geld nachschießen. Ministeriums-Pressesprecher Karle betont allerdings, dass es bei zwei Tagen auch nur 4000 Euro Zuschuss gebe. Dann würden, anders als von der Stadt erwartet, noch 2000 Euro fehlen.

Tatsächlich wird es nun wegen des dreitägigen Aufenthalts mehr als das Doppelte. Wer diese Verlängerung veranlasst hat, ist nicht klar. Sie ist bei einer Besprechung mit Vertretern aller Haltestationen und des Vereins im Ministerium in Mainz zustande gekommen. Lehrerin Christine Rothschild, die am Käthe-Kollwitz-Gymnasium die Ar-

beitsgemeinschaft „Schule gegen Rassismus“ betreut, die den Halt in Neustadt organisiert, nennt folgende Termine: Landau 14. bis 16. Oktober, Germersheim 17. und 18. Oktober, Schifferstadt 19. und 20. Oktober, Neustadt 22. bis 24. Oktober, Haßloch 25. bis 27. Oktober und Pirmasens 29. bis 31. Oktober.

Das zeigt einerseits, dass offenbar auch zweitägige Aufenthalte möglich sind, aber auch, dass zweieinhalb Wochen komplett belegt worden sind (ohne Sonntage, mit Ausnahme des Auftakts, zu dem Bildungsministerin Doris Ahnen in Landau erwartet wird). Das wiederum legt die Vermutung nahe, dass aus Wirtschaftlichkeitsgründen eine Lücke im Fahrplan geschlos-

sen werden sollte und diese Aufgabe Neustadt zugefallen ist. Nach unbestätigten Informationen ist bei dem Gespräch in Mainz ein dreitägiger Halt in Neustadt empfohlen worden, weil es hier zuletzt mehrere Schmierereien mit rechtsextremem Hintergrund gegeben habe. Wer diese Empfehlung ausgesprochen hat, ist der Redaktion nicht bekannt. Roths Schuh schildert, dass stundenlang verhandelt worden sei, weil alle Organisatoren möglichst wenig Samstag haben wollten, um Schülern die Ausstellung zugänglich machen zu können.

Hans-Rüdiger Minow, Vorstandssprecher des Vereins „Zug der Erinnerung“, war für die RHEINPFALZ nicht telefonisch zu erreichen. Eine Anfrage per Mail hat er nur teilweise beantwortet, die Frage zum dritten Tag in Neustadt gar nicht.

Kulturdezernent Marc Weigel (FWG) sagte auf Anfrage, dass er die Ausstellung für didaktisch gut und pädagogisch wertvoll halte, soweit er dies nach dem Internetauftritt beurteilen könne. Er sei aber der selben Auffassung wie die Stadtverwaltung, dass zwei Tage in Neustadt reichen. Weigel begründet dies auch mit den „unverhältnismäßig“ hohen Kosten, denn für die in Neustadt geplante und „nachhaltige“, weil dauerhaft zu schaffende Gedenkstätte für Opfer des Nationalsozialismus fehle es an jedem Euro. „Da könnte man mit 12.000 Euro sehr viel machen“, so Weigel, der die Stadt im Förderverein der Gedenkstätte vertritt. (boe)

## **SPENDENKONTO**

---

Spenden für den Zughalt in Neustadt sind möglich auf das Konto des Freundes- und Förderkreises des KKG bei der Sparkasse Rhein-Haardt, Bankleitzahl 546 512 40, Konto-Nr.

1000432664. Kennwort: Zug der Erinnerung. Kontakt per E-Mail an: kkg-freundes-foerderkreis-ev@hotmail.de.

## Zahlen auf den Tisch

VON SEBASTIAN BÖCKMANN

Es war ein Fehler der Bahn, nicht von Anfang an jene Deportationsausstellung unterstützt zu haben, die im Zug der Erinnerung gezeigt wird. Nur weil die Bahn keine Ausstellung in Bahnhöfen wollte, ist der Trägerverein mit einem Zug auf Reisen gegangen. Das ist ein drucksvoll, aber teuer. Es wäre auch besser gewesen, wenn die Bahn auf Gebühren verzichtet hätte, anstatt sie über eine Stiftung an den Verein zu geben. 175.000 Euro für mehr als 100 Halte geben einen vagen Eindruck vom Anteil der Bahn an den Ausstellungskosten. Es stünde beiden Seiten, vor allem dem Verein, gut an, alle Zahlen offenzulegen, denn die Ausstellung ist zu wichtig, als dass sie in einem unseriös anmutenden Streit diskreditiert werden sollte.

# Wer treibt die Kosten beim Gedenkzug?

Streit zwischen Bahn und Trägerverein – Unternehmen stiftet an Stiftung, diese leitet an Verein weiter

**Ein Aufenthaltstag für die rollende Ausstellung „Zug der Erinnerung“ kostet etwa 4000 Euro. Die hohen Kosten werden vom Trägerverein mit den von der Deutschen Bahn verlangten Trassen- und Stationsgebühren begründet. Die Deutsche Bahn weist dies als falsch zurück.**

Bereits im fünften Jahr weigerten sich sowohl die Deutsche Bahn als auch das Berliner Verkehrsministerium, den Zug kostenlos über das Schienennetz fahren zu lassen, klagt der Trägerverein. So wie schon viele andere vor ihr, hat auch die AG „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums die Bahn dazu aufgefordert, in Zukunft auf die Erhebung von Gebühren für den „Zug der Erinnerung“ zu verzichten, so wie dies die Bahnges-



Der „Zug der Erinnerung“ in Zweibrücken.

ARCHIVFOTO: FREI

sellschaften von Frankreich und Polen täten. Ein Sprecher der DB AG wies diese Forderung auf Anfrage zurück: Der Zug werde von einem Verkehrsunternehmen gefahren; das zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen zahlen müsse.

Der Wissenschaftliche Dienst des

Bundestages sieht dies offenbar anders: Er wird auf der Homepage des Zug-Trägervereins mit den Worten zitiert, dass der Zug keinen gewerblichen Wettbewerber darstelle und eine Befreiung möglich wäre.

Der Bahn-Sprecher sagte, dass das Unternehmen an seiner Grundsatzentscheidung festhalte, aber keinen Euro an der Ausstellung verdienen wolle. Daher habe es bereits 175.000 Euro an die deutsche Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (EVZ) geleistet, von denen 150.000 Euro an den Zug durchgereicht worden seien. Dies werde weiter so gehandhabt.

Detaillierte Aussagen zu ihren Gebühren macht die Bahn nicht. Nach Angaben des Sprechers betragen die Stationskosten pro Tag maximal 450 Euro, an kleineren Bahnhöfen auch

nur 225. Selbst mit An- und Abfahrt bleibe man weit unter jenen 4000 Euro, die der Trägerverein des Zugs nennt. Dies liege nach Einschätzung der Bahn an den hohen Kosten für Miete und Betrieb des Zuges selbst.

Neuerdings verlange der Verein allerdings auch Beiträge für den Betrieb des Zuges von der Bahn, was das Unternehmen ablehne. Es stehe dem Verein aber frei, sich mit solchen Wünschen bei der EVZ zu bewerben. Der Verein geht im Internet sogar so weit, der Deutschen Bahn Einnahmen der Reichsbahn aufgrund von „Deportationsverbrechen (in Höhe von) mindestens 445 Millionen Euro heutiger Währung“ vorzurechnen, mit Zinsen sogar über 2 Milliarden Euro. Von dieser Schuld habe die DB AG noch nicht einmal 0,1 Prozent beglichen. (boe)